

Datenschutzhinweise gemäß Art. 13, 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Kirchenaustrittserklärung

Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO

Stadt Ladenburg
vertreten durch Bürgermeister Stefan Schmutz
Hauptstraße 7
68526 Ladenburg
Tel: 06203 – 70-0
E-Mail: post@ladenburg.de

Behördliche/r Datenschutz-beauftragte/r

Den behördlichen Datenschutzbeauftragten der Stadt Ladenburg erreichen Sie unter
datenschutz@ladenburg.de

Zwecke der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlagen

Zwecke der Verarbeitung

Vorname; Familienname; Wohnsitz oder Ort des ständigen Aufenthalts;

Ort und Datum der Geburt; Religionszugehörigkeit

Die Verarbeitung der o.g. personenbezogenen Daten dient ausschließlich der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Standesamts zur Durchführung des Kirchaustrittsverfahrens gemäß § 26 Kirchensteuergesetz (KiStG). Die Rechtsgrundlage zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist daher Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 26 KiStG.

Geburtsname; Ort der Begründung der Mitgliedschaft in der Religionsgemeinschaft

Die o.g. personenbezogenen Daten sind freiwillige Angaben und dienen der besseren Auffindbarkeit und Zuordnung der austretenden Personen durch die Religionsgemeinschaften. Die Rechtsgrundlage zur Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten ist daher die Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO.

Geplante Speicherdauer

Die Austrittserklärungen sind 30 Jahre lang nach ihrem zeitlichen Anfall geordnet in besonderen Sammelakten aufzubewahren. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Austrittserklärungen dem zuständigen Archiv anzubieten.

Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)

Die Daten werden gem. § 26 Abs. 3 S. 2 KiStG der für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt der ausgetretenen Person zuständigen Kirchengemeinde oder Religionsgemeinschaft sowie der für sie zuständigen Meldebehörde mitgeteilt.

Betroffenenrechte

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Soweit die Datenverarbeitung auf einer Einwilligung beruht, kann diese jederzeit widerrufen werden (Art. 7 DSGVO).

Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde seiner Wahl, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg,
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel.: 0711/61 55 41 0,
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

Datum: 15.01.2025